

Jahresbericht 2022

der Gruppe 1191/1529 „Lateinamerika-Gruppe“

Beherrschendes Thema dieses Jahres ist – nicht nur im Amnesty-Kontext – der Krieg Russlands gegen die Ukraine; in den letzten Monaten ist ein weiteres Schreckensszenario dazugekommen, die Proteste im Iran und die menschenverachtende Reaktion des Mullahregimes.

Im August hat es in der Presse Vorwürfe gegen Amnesty gegeben: In einem Untersuchungsbericht hatte Amnesty der ukrainischen Militärführung vorgeworfen, dass die ukrainischen Truppen gezielt zivile Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser als Militärposten benutzen würden - und dadurch Zivilisten unnötig in Gefahr brächten. Dieser Bericht hatte u.a zum Rücktritt der Sprecherin von Amnesty Ukraine geführt. Dazu muss klar festgestellt werden, dass sich Amnesty eindeutig ermittelten Fakten verpflichtet fühlt und nicht politischer Opportunität. Amnesty hat in all ihren Veröffentlichungen immer wieder klargestellt, dass Russland in diesem Krieg der Aggressor ist, und die Kriegsverbrechen durch russische Kräfte benannt.

Die Aggression Russlands hat uns tief erschüttert in unserem Vertrauen, dass zumindest in Europa Rechtsstaatlichkeit ein anerkanntes Prinzip ist und Herrschaft brutaler Gewalt der Vergangenheit angehört.

Aber es gibt in diesem Jahr nicht nur schlechte Nachrichten, sondern auch ermutigende Entwicklungen.

Kolumbien

Auch sechs Jahre nach dem Abschluss der Friedensverhandlungen zwischen der FARC-Guerilla und der kolumbianischen Regierung unter dem damaligen Präsidenten Juan Manuel Santos herrscht in weiten Teilen des Landes die Gewalt. Dafür ist einmal verantwortlich die obstruktive Behandlung des **Friedensabkommen** durch die Regierung Duque, des Nachfolgers von Santos, aber mehr noch Erpressungen und Massaker durch die paramilitärischen Kräfte auf der einen Seite und auf der anderen die Guerilla-Gruppe Ejército de Liberación Nacional (ELN) sowie ehemalige Farc-Kämpfer, die von den Wiedereingliederungsbemühungen enttäuscht waren. Aber auch das Militär war in Massaker verwickelt (Putumayo).

Das einschneidendste politische Ereignis des Jahres waren zweifellos die **Wahlen. Gustavo Petro**, der in den Achtziger Jahren Mitglied der Guerilla-Gruppe M19 gewesen war, dann aber den parlamentarischen Weg gewählt hat und 2012 zum Bürgermeister von Bogotá gewählt wurde, schnitt mit seiner Partei „Pacto Historico“ bei den Parlamentswahlen im März gut ab; Ende Mai gewann er auch die Präsidentschaftswahlen. Mitentscheidend für den Sieg war wohl auch die Afrokolumbianerin Francia Márquez, die Vizepräsidentin wurde.

Am 7. August hat Kolumbien seine erste Linksregierung bekommen. Petro tritt an, um das Erbe und die Ursachen von mehr als 50 Jahren bewaffnetem Konflikt aufzuarbeiten. Die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen Regierung und ehemaliger Farc-Guerilla ist ein vorrangiges Ziel. **Verhandlungen mit dem ELN** haben in Caracas – Kolumbien hat wieder diplomatische Beziehungen zu Venezuela aufgenommen – begonnen und sollen in Mexiko fortgeführt werden. Auch viele der anderen Gruppen wie die Farc-Dissidenten, aber andererseits auch das paramilitärische Drogenkartell Clan de Golfo senden Friedenssignale aus.

Im August wurde das Ergebnis der **Wahrheitskommission** vorgestellt, die 2016 als wesentlicher Bestandteil des Friedensvertrages eingesetzt worden war. Sie hat 28 6562 Personen befragt, dabei unter anderem 80 Interviews mit nach Deutschland Emigrierten geführt. Der Bericht spricht von 450 000 Toten des Konflikts in der Zeit von 1985 bis 2018, von 7 Millionen Binnenvertriebenen. Mehr als die Hälfte davon gehen auf das Konto der Paramilitärs, 12 % auf Militär und Polizei, 21 % auf die Farc.

Petro ist angetreten, den Kapitalismus in Kolumbien auf sozialdemokratischem Wege zu entwickeln. Dazu gehört neben der Sozialpolitik auch der **Schutz der Umwelt**, insbesondere der des Regenwaldes.

In eine andere Richtung weist die Erhöhung der **Kohlenexporte**: Deutschland bezieht keine Kohle mehr aus Russland; die Importe aus Kolumbien, die in den letzten Jahren zurückgegangen waren, sollen dies kompensieren. Im Mittelpunkt steht dabei der gigantische Steinkohlentagebau El Cerrejón im äußersten Norden Kolumbiens. Hier kommt es immer wieder zu Protesten der Bevölkerung wegen der Auswirkungen auf ihre Lebenswelt.

Drogen: Die Koka-Anbaufläche hat sich seit 2011 verdreifacht. Der Krieg gegen die Drogen sei gescheitert, erklärte Petro schon seit vielen Jahren. Es sei Zeit für ein neues internationales Übereinkommen. Statt gegen Kokabauern soll die Polizei nun gegen Kokainhändler vorgehen. Nichtregierungsorganisationen und die kolumbianische Regierung haben immer wieder versucht, den hier lebenden Kleinbauern bei der Umstellung auf alternative Produkte wie Kaffee, Kakao und Zuckerrohr zu helfen. Doch aufgrund der prekären Infrastruktur können diese Produkte nicht zu konkurrenzfähigen Preisen an die städtischen Märkte gebracht werden. Zudem verdienen die Bauern mit Kokablättern deutlich mehr.

Wir stehen seit zehn Jahren in Verbindung mit der **Friedensgemeinde San José de Apartadó**. Auch bei ihnen gibt es trotz der immer noch anhaltenden feindlichen Aktivitäten der dortigen Paramilitärs vorsichtige Hoffnung in die Politik der neuen Regierung. Für ein landwirtschaftliches Musterprojekt wollen wir der Gemeinde eine finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

Unsere Aktivitäten

Schaufenster

Ende 2021 hatte die Stadt Aachen uns und dem Bischöflichen Hilfswerk Misereor die Gelegenheit geboten, ein Schaufenster in einem leer stehenden Ladenlokal zu gestalten. Wir hatten als Thema „Klimaschutz ist Menschenrechtsschutz“ genommen. (Wir schrieben beim letzten Jahresbericht darüber.) In der dunklen Jahreszeit bildete die erleuchtete Installation einen Blickfang. Nach drei Monaten mussten wir allerdings dem neuen Mieter „Kodi“ weichen. Im Sommer konnten wir die

Installation in vereinfachter Form im Juni in der **Dürener** Annakirche zeigen, im Januar 2023 wandert die Ausstellung für einige Wochen nach Gießen.

Türkei

Ende letzten Jahres hat die türkische Regierung das sog. Istanbul-Abkommen gegen Gewalt an Frauen (Europarat, 2014) aufgekündigt. Am 5. März haben wir dazu einen Infostand gemacht und dabei u.a. Tulpen, die türkische Nationalblume, verteilt.

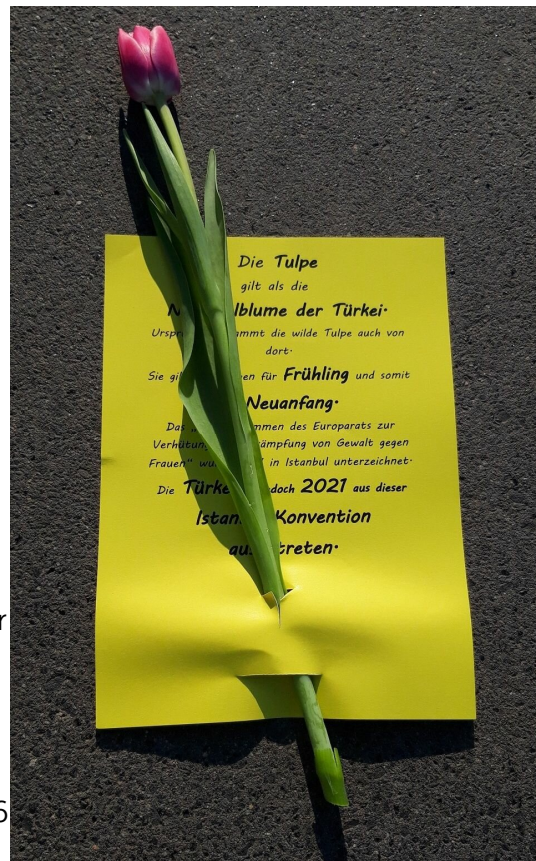
El Salvador

Ähnlich wie andere mittelamerikanische Länder ist die Situation in El Salvador geprägt vom Terror durch kriminelle Banden. Der 2018 gewählte Präsident Nayib Bukele war angetreten, damit aufzuräumen. Dies ging aber einher mit einem dramatischen Abbau des Rechtsstaates. El Salvador hat nun die höchste Inhaftierungsrate weltweit; darunter sind viele Unschuldige und Minderjährige. Zu dem Thema haben wir am 22. Oktober einen Infostand gemacht.

Katar

Eines der Themen, die die Amnesty-Aktivitäten dieses Jahres prägten, war die Fußball-WM in Katar. Schon 2016 hatten wir dazu einen Infostand gemacht. Wir haben auf verschiedenen Infoständen darüber informiert. Die Situation der ausländischen Arbeitskräfte widerspricht hier, wie in den arabischen Nachbarstaaten, allen internationalen Standards, Die wenigen Fortschritte, die der katarischen Regierung vor allem während der Bauphase abgerungen werden konnten, wurden nur teilweise umgesetzt, wie es nach der WM weitergehen wird, ist fraglich.

Katar war Thema bei dem traditionellen Sponsorenlauf CampusRUN (4. 9.) und beim „Tag der Kulturen“ in Würselen (12. 9.). Am 26. November konnten wir im Tivoli mit Billigung durch den Verein Unterschriften beim Regionalligaspiel Alemannia Aachen – RW Oberhausen sammeln. Ziel der Petition ist es, dass Fifa und Katar die **geschädigten Arbeitsmigranten** und – migrantinnen aus den Gewinnen der WM mit gut 400 Mio Dollar **entschädigen**.





Todesstrafe

Am 30. November veranstalteten wir eine Mahnwache im Rahmen der Aktion „**Städte gegen die Todesstrafe**“, der sich die Stadt Aachen angeschlossen hat. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren, in denen das Ponttor in blutrotes Licht getaucht wurde, haben wir nun ein großes Banner am Aachener Elisenbrunnen befestigen können, das dort zwei Tage hängen konnte.

Menschenrechtsbildung

Die Hochschule für Polizei und Verwaltung führt jedes Jahr im Rahmen der Ausbildung einen Tag der Menschenrechte durch. Wir hatten wieder die Gelegenheit, dort in zwei Arbeitsgruppen **menschenrechtliche Aspekte der Polizeiarbeit** den Studierenden nahe zu bringen.